

TOP 14. Anträge

Antrag Nr. 1

Antragsteller: Lukas Kilian (Kreisvorstand)

Ausbau der B 404 zur A 21:

Die CDU Stormarn spricht sich für den lückenlosen Ausbau der B 404 zur A 21 aus und fordert die Landesregierung auf, den Ausbau schnellstmöglich voranzutreiben.

Begründung:

Die CDU Stormarn sollte sich vehement für den Ausbau der B 404 zur durchgehenden A 21 einsetzen. Um die Metropolregion Hamburg zu entlasten, den Herausforderungen der festen Fehmarn-Belt Querung gerecht zu werden sowie den Wirtschaftsstandort zu sichern, braucht es die A 21 als vierspurige Autobahn.

Als Ostumfahrung Hamburgs sollte die A 21 die B 404 zwischen der A 1 (Bargteheide) und der A 24 (Schwarzenbek) ersetzen und einen durchgängigen Verkehr bis zur A 7 ermöglichen. Der Ausbau der B 404 zu einer vierspurigen Autobahn ist eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein. Insbesondere im Hinblick auf eine effektive Hinterlandanbindung zur festen Fehmarn-Belt Querung ist die A 21 dringend nötig.

Antrag Nr. 2

Antragsteller: Junge Union Stormarn

Essstörungen

Die CDU Stormarn fordert den bedarfsgerechten Ausbau des Betreuungsangebotes, das sich mit dem Problem der Essstörungen auseinandersetzt. Diese sollen gut erreichbar sein, müssen aber nicht dauerhaft besetzt sein.

Begründung:

Bisher gibt es in Stormarn nur eine einzige Beratungsstelle in Bad Oldesloe („Frauen helfen Frauen“), die zu diesem Thema umfassend berät, beziehungsweise darauf auch ausreichend vorbereitet ist. Diese Beratungsstelle kann nicht allen betroffenen Stormarnern helfen. Zum einen, weil nur eine begrenzte Personenanzahl beraten werden kann, zum anderen weil sie von Südstormarn und der Mitte Stormarns nur sehr umständlich oder gar nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen ist (mit wenigen Ausnahmen).

Ein niedrigschwelliges Beratungsangebot ist aber äußerst wichtig, da über 5 % der Bevölkerung an Essstörungen leiden, also direkt betroffen sind. Dazu kommen noch indirekt Betroffene wie Familienangehörige und Freunde, die ebenfalls nicht mit einer

solchen Situation umzugehen wissen. Es sind vor allem junge Menschen zwischen 13 und 17 betroffen, die in jedem Fall einen Zugang zu professioneller Unterstützung benötigen.

Das Angebot einer Beratungsstelle ist hier zunächst einmal leichter wahrzunehmen, als sofort therapeutische Hilfe zu suchen, da dort schnell und einfach ein Termin vereinbart werden kann und die Hemmschwelle häufig niedriger ist.

Zudem gibt es aber zu wenig psychotherapeutische Praxen, die auf die Behandlung von Kindern und Jugendlichen spezialisiert sind, sodass die Wartezeiten auf einen Therapieplatz bis zu sechs Monate betragen. Das heißt, selbst wenn der Schritt gewagt wird sich therapeutische Hilfe zu suchen, kann diese nicht flächendeckend und zeitnah gewährleistet werden. Somit könnten auch Kinder und Jugendliche, die auf einen Therapieplatz warten, übergangsweise von einem besseren Beratungsangebot profitieren.